

»Es ist zu begrüßen,
dass die Stadt
den Skatesport
befördert«

Margot Gaitzsch zum Skatekonzept



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Mai/Juni 2024

Den sozialen Wohnungsbau anschieben

DIE LINKE: Nicht kleckern, sondern klotzen.

» Seite 3



Die Rechte erstarkt: Was tun wir?

Die Angst vor einer gravierenden Rechtsverschiebung geht um – allerdings nur in interessierten Kreisen

»Wenn die an die Macht kommen, sind wir die ersten, die weg sind.« Es sind Worte, die gleichsam besorgniserregend wie nüchtern beschreiben, was droht, wenn am 9. Juni die Verhältnisse in Dresden nach rechts kippen. Am 26. März waren es Kulturpolitikerinnen und Kulturschaffende, die auf Einladung der Fraktion DIE LINKE auf der Bühne der Schauburg darüber diskutierten, was aus Kunst und Kultur wird, wenn die Rechte erstarkt. Sie fanden genau diese Worte.

Doch: wen juckt's? Es scheint, als dringe die Gefahr einer rechten und zugleich neoliberalen Mehrheit in Stadt

und Land aktuell lediglich in interessierten Kreisen durch, bei denen, deren Arbeit für das Schöne und Gute auf den politischen Goodwill hin stattfindet.

Wie aber können die aufgerüttelt werden, deren Existenz nicht unmittelbar bedroht scheint?

Vielleicht erreicht sie die Darstellung all dessen, was in unserer Stadt unmittelbar in Gefahr und doch so wichtig für ein gutes Leben ist. Es sind die Stadtteilstellen, um die die Politik ringt, die – frei und selbstverwaltet – der Law-and-Order-Rechten ein Dorn im Auge sind. Es sind die Bäder in Dresden, die dringend öffentlicher

Investitionen bedürfen – öffentliche Investitionen, zu denen eine extreme Rechte nicht bereit ist. Das hat sie beim Sachsenbad bewiesen.

Es ist der soziale Wohnungsbau – infolge der TSMC-Ansiedlung mit vielen neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht zuletzt im Dresdner Norden nötig – der auf der rechten Seite keine Unterstützung findet.

Und es sind auch die Festanstellungen im HSKD, die der Überzeugung folgen, dass Kunstfreiheit und lebendige Kultur eine materielle Absicherung brauchen. All das gilt es zu verteidigen.

Thomas Feske

BÄDER IN DRESDEN

Erhöhter Bedarf

Baden ist nicht nur ein Freizeitspaß für Jung und Alt. Das Schulschwimmen, therapeutische Angebote und schließlich das Sportschwimmen sind wichtig. Schwimmhallen und Freibäder werden von der Dresdner Bäder GmbH als Tochterunternehmen der Technischen Werke Dresden GmbH betrieben. Sieben Hallen-, neun Freibäder und zwei Bädereinstellen sind derzeit im Bestand. Die Besucherzahlen sind im Vergleich zu 2022 um 18 Prozent gestiegen. In den fünf Saunen stiegen die Nutzerzahlen sogar um zwei Drittel! Das aktuelle Wasserflächendefizit beträgt in Dresden etwa 1020 Quadratmeter. Vor diesem Hintergrund wurde nun auftragsgemäß das Bäderkonzept fortgeschrieben. Darin ist eine Priorisierung hinsichtlich der Neu- und Ausbauten festgeschrieben. Der Neubau der Schwimmhalle in Klotzsche steht an erster Stelle, gefolgt vom neuen Sachsenbad.

» Seite 4

Brauner Ball als Tradition

Erinnerung an eine Zeit als SA- und SS-Musikzüge zum Semperoperball aufspielten



Ausschnitt aus den »Dresdner Nachrichten« von 1939

Der Semperoperball wird von einem privaten Verein nicht privater Honoratioren unter Verwendung der öffentlichen Semperoper nebst Opernensemble ausgerichtet. Angereichert wird der Ball mit Unterhaltungspromis.

Erst mit der Information, dass der Dresdner Oberbürgermeister mit Hilfe einer unbekanntenen Tischgesellschaft an einem Abend das Jahreseinkommen eines sächsischen Arbeitnehmers verprasst hatte, rückte die Veranstaltung unter die Lupe der Kommunalpolitik.

Während der letzten Jahre musste das Ereignis pandemiebedingt pausieren, was gleichzeitig Gelegenheit bot, Missgriffe früherer Semperoperbälle zu reflektieren, nämlich die Verleihung des St.-Georgs-Ordens an den russischen Präsidenten Putin und den ägyptischen Präsidenten as-Sisi, beides keine lupenreinen Demokraten und Friedensfreunde. Dass die Auszeichnung wiederum eigentlich keine offizielle ist, sondern eine Art Karnevalsorden, sei hier auch erwähnt.

Mit der Wiederaufnahme des Balls gelobte der aus vier Männern und einer Frau bestehende Opernballvorstand Besserung. Trotzdem, knüpfte der Opernball ausweislich seiner Internetpräsenz mit der Wiederaufnahme 2006 an die letzte Ballnacht vor 67 Jahren an, nämlich den Ball von 1939. Spätestens hier würden anderenorts die Alarmglo-

cken läuten, nicht in Dresden. Zur rauschenden Ballnacht 1939 gab sich nämlich die sächsische und sudetendeutsche NSDAP-, SA- und SS-Prominenz die Klinke in die Hand. Reichsstatthalter Martin Mutschmann, Karl Fritsch, Kreishauptmann Schepmann, der später verurteilte Kriegsverbrecher Wilhelm Liszt, um nur einige zu nennen, gehörten zu den Ehrengästen. Viele von ihnen begingen Kriegsverbrechen und wurden später dafür verurteilt, richteten sich selbst oder setzten ihre berufliche Karriere im Westen einfach fort.

Mag man einwenden, dass sich der unschuldige Ball der »Ehrengäste« nicht erwehren konnte, jedoch belehrt ein Blick ins Programmheft eines Besseren. Denn nicht nur die Sächsische Staatskapelle spielte zum Tanz auf, sondern auch SS- und SA-Musikzüge. Nicht mal das Opernensemble selbst war unkontaminiert, denn der in einem Zeitungsbericht erwähnte Sänger von Smelding wurde 1943 selbst aktenkundig, mit der Kulturbetreuung des SS-Personals in Auschwitz.

Überhaupt. Das Ereignis, welches ständestaatlich strukturiert ist, sitzt doch der Geldadel an festlichen Tischen, begnügen sich die weniger betuchten Geltungsbedürftigen mit Stehplätzen und wird das einfache Volk vor der Türe auf dem Platz bespaßt, ist völlig aus der Zeit gefallen. *Tilo Wirtz*

Ein solches Ereignis ist völlig aus der Zeit gefallen

ANDRÉ SCHOLLBACH FRAGT

OB Hilbert und der Semperoperball



André Schollbach

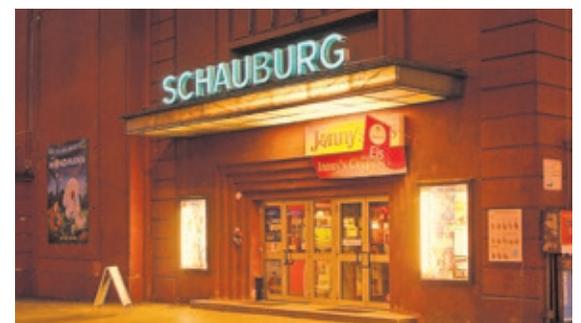
Hilberts Semperoperball-Tisch kostete 22.134,00 Euro und die Teilnahme am Bankett verursachte Kosten von 4793,67 Euro. Dazu der LINKEN-Fraktionsvorsitzende André Schollbach: »Herr Hilbert hat an einem einzigen Abend das durchschnittliche Jahresgehalt eines sächsischen Arbeitnehmers verfeiert.« *Die Redaktion*

RÜCKBLICK

Ein Abend voller Kultur

Es ist Dienstagabend vor Ostern und die ersten Freisitze in der Dresdner Neustadt füllen sich. Die LINKE-Fraktion im Stadtrat hatte unter dem Motto »In Zeiten der Verrohung: Kultur stärken!« zu einer Podiumsdiskussion mit anschließender Filmvorführung in die Schauburg geladen. Der Fraktionsvorsitzende André Schollbach erinnerte mit seinen einführenden Worten daran, dass es schon einmal eine rechte Mehrheit im Stadtrat gab, die den Rotstift vor allem im Kulturbereich angesetzt hatte.. Dies gelte es in Erinnerung zu rufen und frühzeitig auf die Gefahren hinzuweisen. Es gehe auch um die Kultur des städtischen Diskurses.

Auf dem Podium nahmen dann neben der LINKEN-Stadträtin Anja Apel, der LINKEN-Kulturbürgermeisterin Annetrin Klepsch, Frau Kristina Daniels Geschäftsführerin des »Kolibri« e.V. und der Schauspieler am Staatsschauspiel Philipp Grimm platz. Die Moderation des Abends übernahm Anja Stephan. Es entspann sich eine



Die Schauburg bei Nacht

rege Diskussion in der unter anderem Anja Apel betonte: »Sollte Dresden nach den Kommunalwahlen nach rechts kippen, sind damit düstere Aussichten nicht nur für die Freiheit von Kunst und Kultur in unserer Stadt, sondern auch für die finanzielle Grundlage der Arbeit der Dresdner Kulturschaffenden verbunden. Das gilt es zu verhindern. Wir müssen Kunst und Kultur in ihrer Freiheit, aber auch in ihrer materiellen Absicherung verteidigen.« Im Anschluss an die Podiumsdiskussion wurde der Dokumentarfilm »Wenzel – Glaubt nie, was ich singe« über den Liedermacher Hans-Eckardt Wenzel von Lew Hohmann gezeigt. Ein stimmungsvoller und nachdenklicher Ausklang des Abends. *Dirk Wagner*

Schlechte Bilanz

Dokumentation einer Presseinformation von MdL Juliane Nagel zum sozialen Wohnungsbau in Dresden und Leipzig



Baumaßnahmen müssen besser gefördert werden

2023 wurden in Sachsen nur 512 Sozialwohnungen geschaffen, davon 433 in Leipzig und 79 in Dresden. Mithin fiel der Sozialwohnungsbau geringer aus, als im Jahr 2022, in dem 577 Wohneinheiten entstanden. In Dresden sank die Zahl der fertig gestellten Wohnungen kräftig auf etwa ein Viertel des Vorjahreswerts – von 297 auf 79. Der Gesamtbestand an Sozialwohnungen lag Ende 2022 bei 12.541 Wohnungen und Ende 2023 bei 12.993 (ein Plus von 452 Wohnungen). Seitdem der soziale Wohnungsbau 2017 wieder in Gang kam, entstanden in Sachsen lediglich 3368 neue Sozialwohnungen.

Die LINKE-Landtagsabgeordnete Juliane Nagel dazu: »Die Bilanz des sächsischen Sozialwohnungsbaus, der erst seit sechs Jahren wie-

Die Förderbedingungen sind defizitär

der stattfindet, ist schlecht. Vor allem mit Blick auf Dresden wird klar: Die Förderbedingungen sind defizitär. Während die Stadt Leipzig auf eine stabile kommunale Wohnungsge-

sellschaft verweisen kann, die diese Defizite aus eigener Kraft ausgleichen kann, ist die Lage in Dresden anders. Die vergleichsweise kleine kommunale Wohnungsgesellschaft WID musste mehrere Sozialwohnungsbauprojekte auf Eis legen.

Auch auf Druck der LINKEN hin wurde die Förderrichtlinie für den Sozialwohnungsbau 2023 angepasst – die Fördersätze stiegen und die Wohnberechtigung gilt nun auch für Mittelschicht Haushalte, deren Einkommen bis zu 25 Prozent über der Grenze des ersten Förderweges liegt. Wir bezweifeln aber, dass diese Änderungen ausreichen. Es ist Zeit für einen Systemwechsel: Sozialwohnungen sollen dauerhaft Sozialwohnungen bleiben! Bisher werden private Konzerne staatlich subventioniert, wenn sie eine befristete soziale Zwischennutzung ermöglichen. Danach können sie mit den Wohnungen marktüblich Geld verdienen, obwohl deren Bau bezuschusst worden war. Soziale Wohnraumförderung soll stattdessen öffentlichen und gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen zukommen, die dauerhaft bezahlbare Mieten garantieren. Der Zuschuss für die geförderte Miete muss steigen, damit sich Menschen mit niedrigem Einkommen die Wohnungen leisten können.«

Hintergrund: Der Bedarf an Sozialwohnungen ist in Dresden und Leipzig um ein Vielfaches größer als die Zahl der neuen Wohnungen. Die Stadt Leipzig geht laut Wohnraumförderkonzeption davon aus, dass pro Jahr 2260 neue Sozialwohnungen entstehen müssten. Die Stadt Dresden meldet weiterhin einen Bedarf von 10.000 neuen Sozialwohnungen. *Juliane Nagel*



Die Kräne müssen sich wieder drehen

SOZIALWOHNUNGSBAU

Ein Tropfen auf dem heißen Stein

Der Wohnungsmarkt in Dresden ist stark angespannt. Vor allem bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Die LINKE will das ändern, denn es muss wieder gebaut werden.

Zugleich ist der Sozialwohnungsbau der WID unter anderem durch gestiegene Baukosten aber ins Stocken geraten. In Folge der Großsiedlungsprojekte werden zukünftig Verdrängungsprozesse kaum aufzuhalten sein, wenn nicht zeitnah für den Bau von Sozialwohnungen gesorgt wird. Mit der Bereitstellung zusätzlicher Mittel in der Höhe von 1,7 Millionen Euro sollen nun die Wohnbauvorhaben an den Standorten Braunsdorfer Straße und Schönaer Straße mitfinanziert werden, damit dort gebaut werden kann. Schön, aber nicht genug.

Bereits letzten Mai hat DIE LINKE im Zuge der kurzzeitigen Anmietung von modularen Raumeinheiten zur Asylunterbringung auf die dringende Errichtung von Sozialwohnungen verwiesen und die Fortsetzung des sozialen Wohnungsbaus gefordert. Dem Antrag, notfalls mit städtischem Zuschuss baureife Vorhaben weiter umzusetzen, weil die Zuschüsse des Freistaates dazu zu gering waren, war der Stadtrat gefolgt. Zehn Monate später macht der Oberbürgermeister 1,7 Mio. Euro locker, um zwei Projekte mit 28 und 26 Wohnungen wieder aufzunehmen.

LINKEN-Stadtrat Tilo Wirtz sagte dazu: »Es ist schade, dass der Stadtrat unserem Ergänzungsantrag mehrheitlich nicht gefolgt ist, denn der Oberbürgermeister kleckert, wo er klotzen müsste. Die Vorlage ermöglicht zu spät, zu wenig. Wir müssen Meter machen und die großen WID-Wohnbauvorhaben wieder aufnehmen, die Bundschuhstraße mit 79, das Käthe-Kollwitz-Ufer mit 137 und die Marienallee mit 135, also insgesamt rund 350 Wohnungen. Dresden ist eine Großstadt mit einem angespannten Wohnungsmarkt und keine Kleinstadt, die mit zwei Mietshäusern ihr Wohnungsproblem in den Griff kriegen kann.«

Die Redaktion

SANIERUNG DER KÖNIGSBRÜCKER STRASSE

Unendliche Geschichte

Am 23. Juni 2016 fasste der Dresdner Stadtrat den entscheidenden Beschluss zum Ausbau der Königsbrücker Straße vom Albertplatz bis zur Stauffenbergallee. Seitdem sind siebeneinhalb Jahre vergangen. Inzwischen ist das Jahr 2023 Geschichte, aber der Planfeststellungsbeschluss nicht ergangen. Dazu erklärt LINKEN-Fraktionsvorsitzender André Schollbach: »Es ist ein Armutszeugnis. Der Beschluss zur Königsbrücker Straße wurde 2016 gefasst. Die Entscheidung setzt langsam Moos an. Der Termin für den Baubeginn ist nach wie vor unklar. Wie lange sollen denn die Dresdnerinnen und Dresdner noch über diese Holperpiste hoppeln?« *Die Redaktion*



Höchste Zeit, dass die Bauarbeiten beginnen



Nur fliegen ist schöner

KONZEPT FÜR SKATEANLAGEN IN DRESDEN

Es entwickelt sich

Nein, diesmal nicht das Flugwesen, sondern ein anderer Freizeitsport. Bewegung an der frischen Luft ist bekanntlich eine gute Sache. Das gilt auch für das Skaten, eine Sportart, die sich seit einiger Zeit großer Beliebtheit erfreut. Skaten wird vorrangig im öffentlichen Raum und unorganisiert durchgeführt. Diese Sportart vereint sowohl den freizeit- als auch den leistungssportlichen Gedanken. Aber so richtig Spaß macht es erst auf einer ordentlich ausgebauten Skateanlage. Die Stadt hat deshalb ein Entwicklungskonzept für Skateanlagen in Dresden vorgelegt.

Das Konzept soll die Bedingungen für die Skateszene stadtwweit verbessern, indem konkrete Maßnahmen bedarfsgerecht ermittelt und umgesetzt werden sollen. Es werden sowohl die bereits bestehenden Anlagen analysiert, als auch Standortvorschläge für neue Anlagen gemacht. So sollen zum Beispiel am Alten Leipziger Bahnhof und in der Johannstadt neue Skateanlagen entstehen, um nur zwei Beispiele zu nennen. So haben die Freizeitsportlerinnen und Freizeitsportler die

Möglichkeit, sich unmittelbar vor Ort ihrem Hobby zu widmen und nicht erst weite Wege bis zur nächsten Skateanlage in Kauf nehmen zu müssen. Das fördert sicher auch die Spontantät der Sportausübung, wenn der Skatepark vor der Haustür liegt.

Dazu sagt LINKE-Stadträtin Margot Gaitzsch, unsere Vertreterin im Sportausschuss: »Es ist sehr zu begrüßen, dass die Stadtverwaltung dieses Konzept vorgelegt hat und die Entwicklung des Skatesports befördern möchte. Allerdings hat die Sache noch einen Haken, denn erst bei der Umsetzung sollen die Verwaltungszuständigkeiten geklärt werden, da der Eigenbetrieb Sportstätten nur für Sportanlagen zuständig ist, die vorrangig durch den organisierten Sport genutzt werden.

Das ist ein Problem, denn es droht ein verwaltinginternes Ringen um die Zuständigkeiten. Die Verantwortlichkeiten müssen schnellstmöglich im Interesse der Sportlerinnen und Sportler geklärt werden. Damit die Umsetzung reibungslos erfolgen kann und das Konzept nicht zum Papier-tiger wird.«

Die Redaktion

Bäderkonzept wird fortgeschrieben

Den Dresdner Frei- und Hallenbädern kommt eine besondere Bedeutung zu

Aktuell steht vor allem die Bäderlandschaft im Dresdner Westen vor großen Problemen. Für das Elbamare und das Freibad Dölzchen geht es um die Existenz. Beim Spaßbad »Elbamare« in Gorbitz läuft der Mietvertrag zwischen Stadt und Eigentümer in einem Jahr aus. Investitionen in das vor knapp 30 Jahren eröffnete Bad sind dringend erforderlich. Klar ist, dass entschieden werden muss, ob der Mietvertrag verlängert werden soll und zu welchen Konditionen oder ob die Stadt das Bad kaufen kann. Investiert werden muss so oder so. Die Dresdner Bäder GmbH geht dafür von rund 20 Millionen Euro aus. Noch ungeklärt ist die Frage der Finanzierung.

Das Luftbad Dölzchen darf 2024 öffnen

Für das Luftbad Dölzchen war ab 2024 eine Sanierung geplant, weil die komplette Badewassertechnik in die Jahre gekommen ist und nicht mehr den geltenden DIN-Normen entspricht. 2025 sollte wieder geöffnet werden. Dafür fehlte die Finanzierung, weshalb das Bad 2024 hätte geschlossen werden müssen. Dieses Problem ist vorerst vom Tisch, da das Gesundheitsamt für die Öffnung in dieser Saison eine Ausnahmegenehmigung erteilt hat. Anschließend muss es dann noch dringender



Der Badebereich im Georg-Arnhold-Bad

sanieren werden. Die Pläne dafür liegen bereits vor. Doch dafür wackelt die Finanzierung immer noch bedenklich. Benötigt werden für die aufwendigen Bauarbeiten mindestens 3,2 Millionen Euro. Verzögert sich die Sanierung weiter, wird dieser Betrag sicher nochmals steigen.

Des Weiteren sind im Dresdner Norden und in Blasewitz-Striesen bei der Versorgung mit Hallenbädern Defizite zu verzeichnen. Für den 1935 fertiggestellten, denkmalgeschützten Sportkomplex in Klotzsche ist nun eine neue Schwimmhalle mit Sport-, Lehrschwimm- und Therapiebecken geplant. Wegen fehlender

Die Dresdner Bäder GmbH geht von rund zwanzig Millionen Euro aus

Gelder ist der Baubeginn aber vorerst ins Jahr 2025 verschoben worden. Zum Glück sind bis zur Fertigstellung des Neubaus der Erhalt und die Instandsetzung des alten Bades gesichert.

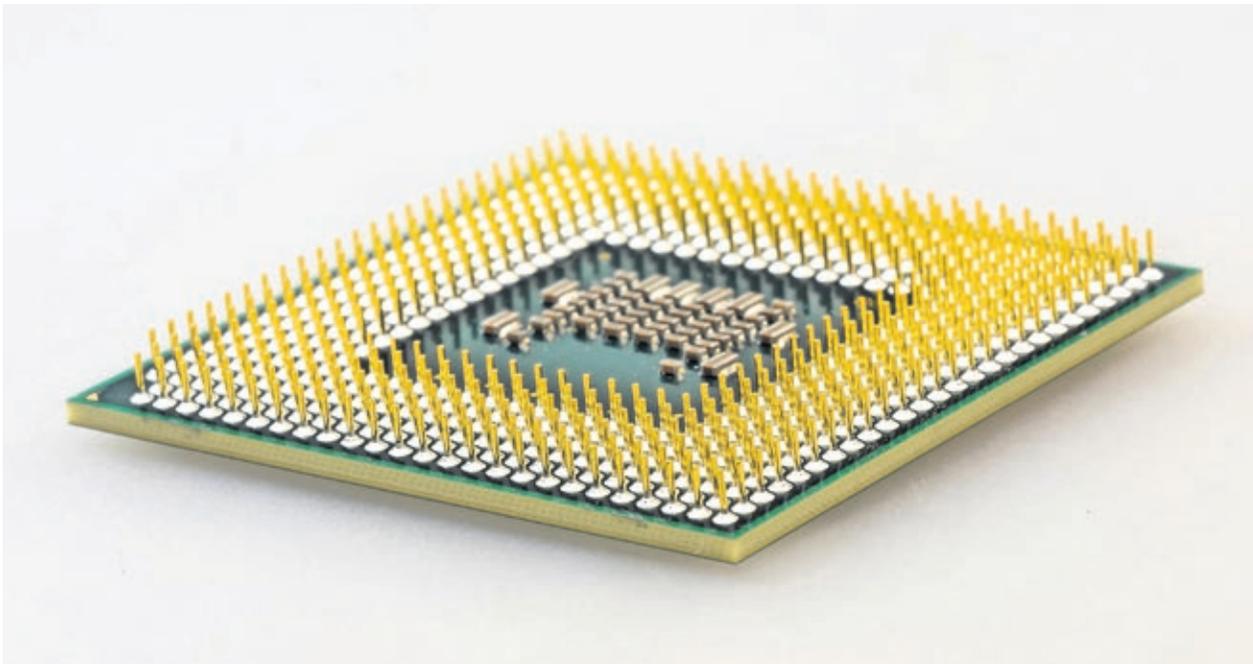
Ein neues Bad für Pieschen

Mit dem Verkauf des historischen Sachsenbades und einem entsprechenden Stadtratsbeschluss wurde 2021 sichergestellt, dass das historische Sachsenbad als Kulturdenkmal erhalten wird und öffentlich zugänglich bleibt. Gleichzeitig wurde den Menschen vor Ort ein dem heutigen technischen Standard entsprechender Neubau in Aussicht gestellt. Geplant sind nun in Pieschen ein Kombibecken mit sechs 25-Meter-Bahnen, ein Kursbecken und ein Planschbecken. Die drei ersten von sechs untersuchten Standorten werden nun unter Einbeziehung der Pieschener Initiative »Sachsenbad erhalten« diskutiert.

Margot Gaitzsch

Chancen und Risiken

Die Ansiedlung des Mikrochip Herstellers TSMC im Dresdner Norden ist eine Chance und eine Herausforderung zugleich und ist aber auch mit Risiken verbunden



Ein kleines Teil mit großen Auswirkungen

Die Stadtpolitik muss schon jetzt überlegen, welche Strategien und konkrete Maßnahmen notwendig sind, damit die Großansiedlung sowohl für die Dresdner Bevölkerung als auch für kleinere Unternehmen zu einer Chance wird. Es ist von enormer Bedeutung, dass die Dresdnerinnen und Dresdner in diese Entwicklung mit einbezogen werden und erfahren, wie dieser Aufwuchs an Industrie durch verschiedenste Maßnahmen begleitet wird.

Welche Erfahrungen machten die Menschen im Dresdner Norden und in den angrenzenden Ortschaften bisher? Es erfolgte unter anderem die Ansied-

lung von Globalfoundries, Infineon und Bosch. Alles große Baustellen und die Fertigstellung in enormem Tempo. Gerade wird an der Erweiterung von Infineon und dem Neubau von Jenoptik gebaut. Tag und Nacht bewegen sich die Kräne, fahren die Laster und der Bau schreitet rasant voran. Bis zu 540 Laster fahren täglich mit Erde und Sand beladen die Karl-Marx-Straße hinauf und leer wieder hinunter. Lärm, Feinstaubbelastung und verstopfte Straßen – das alles wurde und wird von der Bevölkerung mitgetragen.

Während die Industrieansiedlungen rasch fortschreiten, ist die Umsetzung

Die größte Angst bezieht sich auf das Wohnen

von kommunalen Projekten sehr zäh und langwierig. Beim Schulbau und der Sanierung von Schulen haben wir die Erfahrung gemacht, dass dies sehr lange Prozesse sind. Da können leicht zehn Jahre und mehr vergehen, bevor die Maßnahme umgesetzt wird. Für die seit langem versprochene neue Schwimmhalle reicht momentan das Geld nicht. Noch immer gibt es kein Bürgerhaus,

kein Ortszentrum, keine kulturelle Einrichtung in Klotzsche.

Die Ansiedlung eines Riesen wie TSMC hat natürlich weitere Auswirkungen auf die Menschen vor Ort. Es wird Zuzug und Pendlerverkehr geben, zusätzliche Kindergartenplätze werden benötigt, um nur einige Ansiedlungsfolgen zu nennen. All das erfordert Maßnahmen der Stadt, welche in der Umsetzung jedoch deutlich dem Industriebau hinterherhinken werden. Das ist zumindest nach den bisherigen Erfahrungen zu befürchten. Auf Basisversammlungen, bei den Bürgersprechstunden und beim politischen Stammtisch vom Netzwerk Nord werden diese Sorgen an uns herangetragen.

Eine der größten Ängste bezieht sich auf das Wohnen. Zu bebauende Flächen sind kaum noch vorhanden und man befürchtet aus den Wohnungen vertrieben zu werden, weil Fachkräfte kommen, die eine höhere Miete bezahlen können. Klotzsche hat im einen sehr hohen Anteil an älteren Menschen und bei manchem reicht die Rente schon jetzt nicht mehr für die Miete. Dem kann man nur begegnen, in dem man klar sagt, wo und wann Wohnungen für den Zuzug von über 10.000 Menschen geschaffen werden. Wie kann der soziale Wohnungsbau weiter vorangetrieben werden?

Es müssen jetzt auch ganz konkret Konzepte zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur vorgelegt werden. Wie kann der ÖPNV ausgebaut werden, damit die Menschen auch ohne Auto zur Arbeit kommen? Wie können die umliegenden Gemeinden besser angebunden werden? All das braucht eine Antwort in den nächsten Jahren und nicht erst in Jahrzehnten. *Anja Apel*

KLIMASCHUTZ

Im Schneckentempo

Vor über vier Jahren erklärte der Dresdner Stadtrat angesichts des voranschreitenden Klimawandels den Klimaschutz zur städtischen Aufgabe von höchster Priorität. Zudem beauftragte der Stadtrat die Stadtverwaltung, das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept der Landeshauptstadt Dresden zu überarbeiten. Es sollte unter anderem um einen Maßnahmenkatalog ergänzt werden, der konkret aufzeigt, wie die Stadt im Rahmen ihrer Handlungsmöglichkeiten Klimaneutralität erreichen kann. Ursprünglich sollte das Konzept bis 2022 fertig erstellt sein. Zwischenzeitlich erfolgte die Trennung vom ursprünglichen General-Auftragnehmer. Die Erarbeitung zog sich in die Länge. Jetzt endlich liegt das überarbeitete Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept (IEK) vor und wird in den Gremien des Stadtrates beraten.



Im Kriechgang durch die Zeitenwende

Auf Anfrage des LINKEN-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach teilte Oberbürgermeister Hilbert (FDP) mit, dass für die Erarbeitung dieses Konzepts sage und schreibe 348.878 Euro an Kosten angefallen sind. Der Fragesteller ergänzt dazu: »Vier Jahre für ein Konzept. Das ist Klimaschutz im Schneckentempo. Es ist bemerkenswert, wie lange gerade bei diesem Thema von einer grünen Bürgermeisterin herumgetrödelte wurde.« Jetzt kommt es darauf an, die Maßnahmen kontinuierlich umzusetzen. Das wird die Stadt und den Rat in den kommenden Jahren noch vor manch schwierige Entscheidungen stellen. Der Praxistest ist auch beim Klima der Entscheidende. Aus Sicht der LINKEN kommt es bei der Umsetzung darauf an, die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit für die Verbraucherinnen und Verbraucher im Blick zu behalten.

Die Redaktion



Kinder brauchen Bewegung an der frischen Luft

Gefährliches Spiel

Die Stadtverwaltung versäumt es offenbar Spielplätze regelmäßig auf ihre Sicherheit zu prüfen

Wie die Stadt Dresden mitteilte, wurden im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen erhebliche Schäden an der Holzsubstanz des Spielplatzes am Käthe-Kollwitz-Ufer festgestellt. Um die Sicherheit der Kinder nicht zu gefährden, wurden betroffene Spielgeräte auf der Anlage am Fährgarten nun abgebaut. Der Reparaturaufwand als auch die entstehenden Kosten seien demnach noch nicht abzuschätzen.

Die Stadt bemühe sich um eine schnelle Lösung und den Wiederaufbau des Spielplatzes bis Herbst 2024, so das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft. Dieses entschuldigt sich für die Umstände und wirbt um Verständnis.

Dazu sagt die LINKE-Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch, Mitglied im Um-

weltausschuss: »Es ist unverständlich und äußerst ärgerlich, dass die Spielgeräte abgebaut werden mussten und deshalb den Kindern nicht mehr zur Verfügung stehen. Hier hat

»Es ist ärgerlich, wenn Spielgerät abgebaut werden muss«

Dr. Margot Gaitzsch

die Verwaltung offensichtlich versäumt, regelmäßig und rechtzeitig die Sicherheit zu prüfen und die Geräte entsprechend zu warten. Das kommt der Verwaltung nun teuer zu stehen und belastet zusätz-

den Haushalt. Ich fordere Oberbürgermeister Dirk Hilbert auf, notwendige, personelle wie materielle Ressourcen unverzüglich zur Verfügung zu stellen, damit der Spielplatz bald wieder nutzbar ist.«

Dieser Vorfall war für Dr. Gaitzsch Anlass genug, eine Anfrage an den Oberbürgermeister zur Sanierung und Instandhaltung von städtischen Spielplätzen zu stellen. Die Fragestellerin will zum Beispiel wissen, in welchem Rhythmus die Spielplätze auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüft werden und wie lange es im Durchschnitt dauert, bis festgestellte Mängel behoben werden. Spielplätze sind wichtig, aber nur, wenn sie auch sicher und funktionstüchtig sind.

Die Redaktion

REGEN-CHAOS
AN MARGON-ARENA

Schädigung des Rufs der Stadt

Bereits 2016 wandte sich der Stadtsportbund an den damaligen Sportbürgermeister Dr. Peter Lames mit folgendem Schreiben: »Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Lames, seit vielen Jahren besteht in der Margon-Arena das Problem, dass es in unregelmäßigen Abständen, an unterschiedlichen Stellen, bei unterschiedlichen Wetterlagen zu Einregnungen über der Sportfläche der Haupthalle kommt.«

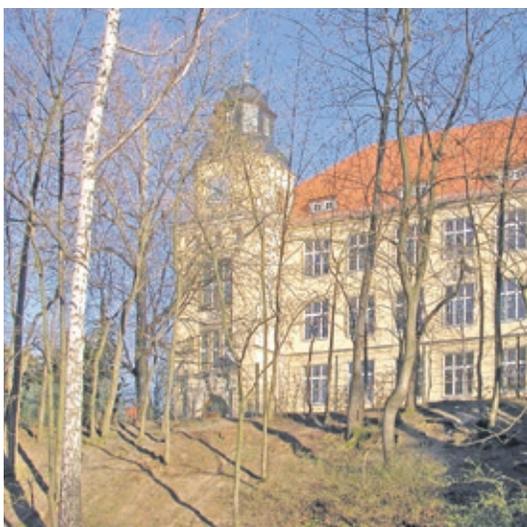
Im Januar 2024 stand ein Europacupspiel der DSC-Volleyballerinnen kurz vor dem Abbruch, weil Regenwasser an mehreren Stellen kurz neben dem Spielfeld Pfützen bildete.

Zwischen diesen beiden Ereignissen standen mehrere Stadtratsbeschlüsse, in denen die Mitglieder des Stadtrates ihren Willen zum Ausdruck brachten und Geld bereitstellten, um die Probleme in der Margon-Arena endlich zu beseitigen. Ebenfalls zwischen diesen beiden Ereignissen steht ein Betreiberwechsel weg vom Stadtsportbund hin zur Stadtverwaltung, die glaubte, es besser zu können. Die Stadtverwaltung hat es also in den vergangenen 18 Jahren nicht geschafft, ein Dach abzudichten, in dem es durchregnet. Dazu LINKEN-Stadtrat Tilo Kießling, Mitglied im Sportausschuss: »Wahrscheinlich wachen einige erst auf, wenn es ihnen höchstpersönlich auf den Schreibtisch regnet.«

Die Redaktion



Hier ist der Volleyball zu Hause



Vorsorglich gesperrt: die 68. Grundschule

AUSLAGERUNG 68. GRUNDSCHULE

Erhebliche Auswirkungen

Den Schulstart im August 2023 hatte sich die Schulgemeinschaft der 68. Grundschule »Am Heiligen Born« in Leubnitz-Neuostra sicher anders vorgestellt. In den letzten Sommerferien wurden im Altbau Deckenschäden in den Flurbereichen festgestellt. Um die Sicherheit der Kinder und des Personals zu gewährleisten, wurde das historische Schulgebäude an der Heiligenbornstraße deshalb vorsorglich gesperrt. Der Schulbetrieb wurde bis auf Weiteres an einen anderen Standort ausgelagert. Was zum Teil erhebliche Auswirkungen beispielsweise auf den Schulweg der Schülerinnen und Schüler hat. André Schöllbach Fraktionsvorsitzender der LINKEN-Stadtratsfraktion, hat

daher nach dem Zeitplan für die Sanierung bei der Verwaltung gefragt. Denn ursprünglich war versprochen worden, dass die Schule zu den Winterferien 2024 wieder nutzbar sein sollte. Die Antwort der Verwaltung macht deutlich, dass dieser Termin nicht haltbar ist. Als Gründe dafür, werden vergaberechtliche Vorgaben und »städtische Terminabläufe« genannt. Was auch immer unter letzterem zu verstehen ist. Nunmehr verspricht die Verwaltung den Baubeginn für März 2024. Und die Fertigstellung für den Juli 2024. Im Interesse der Schülerinnen und Schüler bzw. der betroffenen Eltern ist zu hoffen, dass keine weiteren Verzögerungen bei der Bauausführung auftreten. DIE LINKE wird am Ball bleiben.

Die Redaktion



Eine Karte sie alle zu gängeln

Keine banale Angelegenheit

In einer Abstimmung über die Bezahlkarte für Asylsuchende stimmte die CDU erstmals im Stadtrat geschlossen einem AfD-Antrag zu

Gegenstand war ein Antrag der AfD, welcher die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete forderte. Seit Monaten wird öffentlich über die Bezahlkarte debattiert, einige Landkreise und Kommunen haben bereits Bezahlkarten eingeführt. Eine bundesweite Karte wird voraussichtlich im Januar 2025 kommen.

Wir als Linksfraktion stehen einer Bezahlkarte durchaus offen gegenüber. Derzeit bekommen Asylbewerberinnen und Asylbewerber ihre Leistungen – 205 Euro monatlich – in bar ausgezahlt. Der Wechsel dieser Praxis zu einem Kartensystem kann eine Vereinfachung sein. Eigentlich eine ganz banale Angelegenheit, die allein die Verwaltungspraxis betrifft.

In der öffentlichen Debatte aber wird die Bezahlkarte als Vehikel genutzt, um Stimmung gegen Geflüchtete zu machen. Beispielsweise mit der Unterstellung, Geflüchtete würden Geld in ihre Herkunftsländer schicken. Diese Aussage ist nicht belegt, weckt aber den Eindruck, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber so viel Geld bekommen, dass sie locker was beiseitelegen können. Weiterhin wird von ver-

schiedenen Einschränkungen gesprochen, beispielsweise dem Ausschluss verschiedener Produkte wie Alkohol oder Glücksspiel. Auch das suggeriert, Geflüchtete könnten sich lauter Dinge leisten, die über das absolut Notwendige hinausgehen. Beides ist realitätsfern.

Ein Instrument der Stigmatisierung

Die CDU mischt in der politischen Debatte um die Bezahlkarte kräftig mit und schürt damit rechte Narrative. Der AfD-Antrag – dem die CDU mit ihren Stimmen zu einer Mehrheit verhalf – fordert nun die Einführung einer solchen Bezahlkarte in Dresden mit diversen Einschränkungen und Kontrollfunktio-

Die viel beschworene Brandmauer ist auf offener Bühne eingerissen worden

nen. Letztlich macht sie damit aus einem banalen Zahlungsmittel ein Instrument der Gängelung und Stigmatisierung.

Von tatsächlichen Problemen, wie mangelnden und teuren Unterbringungskapazitäten oder den vielen Einschränkungen bei der Arbeitsaufnahme, löst die Karte keines. Die Diskussion darum und auch der nun im Stadtrat gefällte Beschluss sind daher kein konstruktiver Beitrag in der Migrationspolitik, sondern nur Stimmungsmache.

Mittlerweile hat der Oberbürgermeister dem Beschluss widersprochen. Er begründet diese Entscheidung damit, dass das mit dem Antrag verfolgte Ziel – die Einführung einer kommunalen Bezahlkarte – mit dem Abwarten auf eine bundesweite Bezahlkartenlösung besser erreicht werden kann. Eine kommunale Lösung, die frühestens im Dezember 2024 einsatzbereit wäre, würde von der bundesweiten Bezahlkarte ohnehin verdrängt. Demgegenüber stehen prognostizierte Kosten von 140.000 bis 230.000 Euro. Hinzu kommt der hohe personelle Aufwand.

Pia Barkow

DER GARTEN UND DIE LINKE

Städtische Oasen

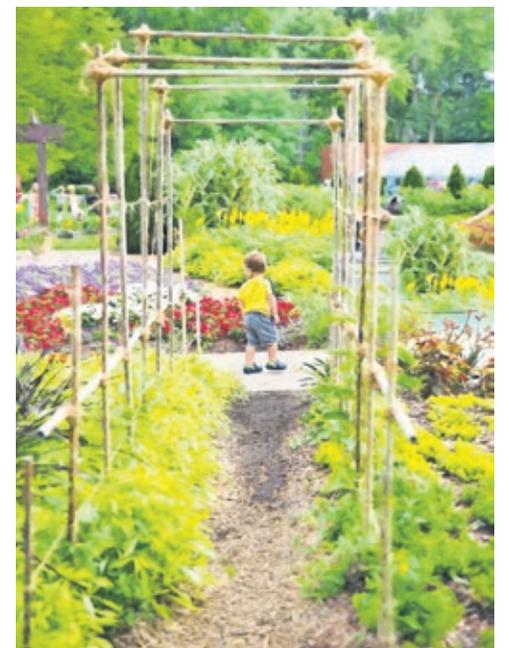
Das Kleingartenwesen leistet für uns einen unverzichtbaren sozialen, kulturellen und ökologischen Beitrag für die Stadt. Wir müssen am Bundeskleingartengesetz (BkleinG) festhalten, denn dieses sorgt unter anderem mit der Pachtpreisbindung und dem Kündigungsschutz für soziale Gerechtigkeit. Die LINKE tritt für die Weiterentwicklung des Kleingartenwesens als Stadtkultur für alle Altersgruppen ein.

Gut konzipierte, offen gestaltete Kleingartenanlagen haben einen großen Einfluss auf die Lebensqualität, das Klima und die Biodiversität in Stadtteilen und Wohnquartieren – sie profitieren erheblich vom Mehrwert durch Kleingärten. Die Stadt muss bestehende sowie neu entstehende Kleingartenanlagen als grüne Infrastruktur sichern und als zukunftsfähiges Modell der Stadtentwicklung fördern. Kleingärten müssen bei der Städtebauförderung und möglichen Infrastrukturmaßnahmen ein fester Ansprechpartner sein, um eine bedarfsgerechte Stadtplanung zu ermöglichen.

Die Stadt Dresden muss der Abwasserentsorgung in Trinkwasserschutzzone eine hohe Priorität einräumen, da es ein großes öffentliches Interesse an einer gemeinsamen Lösung gibt. Wir sehen hier den Oberbürgermeister und die Umweltbürgermeisterin klar in der Verantwortung, eine gute und sozialverträgliche Lösung zu finden. Dafür müssen auch individuelle Möglichkeiten für Entsorgungssysteme vor Ort geprüft werden.

DIE LINKE hat sich in den vorangegangenen Wahlperioden für den Bestand der Kleingärten in der Stadt eingesetzt und wird dies in den kommenden Wahlperioden fortführen. Im Flächennutzungsplan und bei Bebauungsplänen stimmen wir keiner Verringerung von Grün- und Kleingartenflächen zu. Kleingärten haben bei uns Vorrang und dürfen weder durch Investitionen noch Infrastrukturvorhaben verdrängt werden. Deshalb gilt es, die bestehenden Kleingartenanlagen bestmöglich zu schützen. Dies gilt insbesondere dort, wo es angesichts der auf dem Immobilienmarkt zu erzielenden Gewinne zu Begehrlichkeiten kommt.

Katharina Hanser



Für Kind und Kegel grüne Oasen schaffen



Die Kantine – ein geselliger Ort

REKOMMUNALISIERUNG

Zurück in die städtische Hand

Die Rekommunalisierung, also die Rückübernahme privatisierter städtischer Aufgaben in die kommunalen Hände, ist schon seit einigen Jahren im Trend. DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat möchte dem Trend folgen und ebendies für die Speisenversorgung am Städtischen Klinikum anschieben.

Am Standort Weißer Hirsch kam es im letzten halben Jahr wegen Personalmangels wiederholt zur wochenlangen Schließung der Cafeteria. Das bedeutet, dass es keine Essensausgabe für das Personal gab und die Patientinnen und Patienten konnten keine Getränke oder Kuchen erwerben.

DIE LINKE hat deshalb einen Antrag zur Verbesserung der Speisenversorgung am Städtischen Klinikum eingebracht. Darin wird der OB beauftragt, das Insourcing der Speisenversorgung am Städtischen Klinikum Dresden zu prüfen.

LINKE-Stadtrat Jens Matthis, Mitglied im Gesundheitsausschuss, erklärt: »Die Zeiten, wo Ausgliederungen generell einen betriebswirtschaftlichen Vorteil – natürlich zu Lasten der Beschäftigten – versprochen, sind vorbei. In Zeiten größten Fachkräftemangels sind gute Arbeitsbedingungen ein Vorteil und die Rückkehr privatisierter Dienstleistungen in die kommunale Hand ein Gewinn für die Beschäftigten und für die Stadt.«

Die Redaktion

»FIT IM PARK«

Spaß am Bewegen

Viele Dresdnerinnen und Dresdner werden es kennen und schätzen. Auch 2024 findet das Bewegungsprogramm »Fit im Park« wieder statt. Es ist ein kostenfreies Angebot, das die Menschen ganz spontan ohne Voranmeldung nutzen können. Es werden zahlreiche verschiedene Kurse angeboten. Das Programm war im vergangenen Jahr ein voller Erfolg.

Leider wird »Fit im Park« nur vom Mai bis Juli angeboten. DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat hat daher einen Antrag eingereicht, der zum Ziel hat, dieses erfolgreiche Programm gemeinsam mit dem Stadtsportbund Dresden zum Ganzjahresangebot zu entwickeln. Die Vereine, die im Stadtsportbund organisiert sind, können sich so durch die Nutzung der etablierten Marke »Fit im Park« bekannter machen und neue Mitglieder für regelmäßiges Sporttreiben gewinnen. »Das niedrigschwellige Programm ist geeignet, Freude an der Bewegung zu vermitteln und spricht alle Altersgruppen an. Ziel sollte es deshalb sein, dass dieses Angebot von Vereinen künftig fest in ihr Programm übernommen wird«, findet LINKE-Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch.

Die Redaktion



Ein niedrigschwelliges Angebot für jedermann

FESTANSTELLUNG FÜR MUSIKLEHRER

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit



Blick auf das Heinrich-Schütz-Konservatorium

Das Herrenberg-Urteil des Bundessozialgerichts hat neue Standards für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Lehrberufen gesetzt. Dies betrifft auch Lehrkräfte an Musikschulen.

Der Eigenbetrieb Heinrich-Schütz-Konservatorium der Landeshauptstadt (HSKD) ist als städtische Musikschule ein wichtiger Teil der kommunalen Bildungslandschaft. Bisher beschäftigte das HSKD – neben den 93 angestellten Musikpädagoginnen – 170 selbstständige Honorarlehrkräfte. Diese Zweiklassengesellschaft kritisiert DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat schon lange.

Die Musikschulleitung des HSKD hat nach Vorliegen des Urteils eine arbeitsrechtliche Prüfung veranlasst. Im Ergebnis ist zu erwarten,

dass durch das HSKD für alle oder zumindest die überwiegende Mehrzahl der Honorarlehrkräfte Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden müssen. Das heißt, Honorarverträge müssen in sozialversicherungsrechtliche Beschäftigungsverhältnisse überführt werden – gegebenenfalls mit Festanstellung und Tarifbindung.

»Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind gerade im Kulturbereich leider noch gang und gäbe, da ist es gut, dass sich das Bundessozialgericht für die sozialversicherungsrechtliche Beschäftigung der Honorarkräfte an Musikschulen ausgesprochen hat. Das fördert die Motivation und die Bindung der Lehrkräfte an das Konservatorium. Auch hier soll gelten: gleicher Lohn bei gleicher Arbeit.« Meint die LINKE-Stadträtin Anja Apel, Mitglied im Kulturausschuss.

Die Redaktion

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion

Dr. Dirk Wagner, Susann Dietzschold,
Thomas Feske

Autor:innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Thomas Feske,
Dr. Margot Gaitzsch, Katharina Hanser,
Dr. Dirk Wagner, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Bildnachweise

Leopictures/pixabay (1); Kolossos/Wikimedia Commons (2); DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat (2); Tilo Wirtz (2); N.N./photocase (3); 652234/pixabay (3); Frauke Riether/pixabay (3); Derbrauni/Wikimedia Commons (4); susanne906/pixabay (4); Wikimedia Commons (4); azerett33/pixabay (5); Michael Schwarzenberger/pixabay (5); Stefan Kühn/Wikimedia Commons (6);

Jörg Blobelt/Wikimedia Commons (6); Anja/pixabay (6); Mariana/Pixabay (7); Jill Wellington/pixabay (7); X-Weinzar/Wikimedia Commons (8); Silvio an the street/pixabay (8); Sebastian Wallroth/Wikimedia Commons (8)

Redaktionsschluss

11. April 2024

Druck

LR Druckerei GmbH

Auflage

5000 Exemplare

Die Linke

Fraktion im
Dresdner Stadtrat